

Afrika

Zustände und Zukünfte

Round table am 9. Oktober 2003

H)

Moderation: Hein Möllers (M)

M: Mein Name ist Hein Möllers. Ich komme von der Informationsstelle Südliches Afrika in Bonn. Wir haben hier ein Archiv und Dokumentationszentrum und geben die Zeitschrift Afrika Süd heraus. Das Büro ist auch für alle Interessenten, die Informationen über das südliche Afrika suchen, geöffnet. Südliches Afrika meint die Region, die zusammengefasst ist in der Wirtschaftsgemeinschaft SADEC. Sie umfasst 14 Länder. Von Norden: Tansania und Demokratische Republik Kongo bis hinunter nach Südafrika ans Kap.

Zu meiner rechten Seite sitzt Schwester Ingrid Geissler. Sie ist erst ganz frisch wieder zurück in der Bundesrepublik. Sie arbeitet beim Netzwerk Afrika Deutschland. Dies ist eine Arbeitsgemeinschaft von missionierenden katholischen Orden in der Bundesrepublik und sie umfasst 44 Mitglieder. Sie ist dort die stellvertretende Geschäftsführerin. Bis April diesen Jahres war sie 15 Jahre im südlichen Afrika, zuletzt überwiegend in Simbabwe, in Harare, zuvor in Mosambik. Zuletzt hat sie an der Universität Harare Gesellschaftswissenschaften und zeitgenössische Theologie gelehrt. Dann zu meiner Linken sitzt Heinz Werner Wessler. Er kommt von Pax Christi und hat sich vor allen Dingen mit der Lage an den großen Seen, also Kongo, Ruanda, Burundi, Uganda, befasst. Mit dem Krieg dort, wo man immer noch nicht absehen kann, wann und wie er endet. Und vor allen Dingen, so habe ich ihn von außen wahrgenommen, als jemand, der eben auch danach urteilt: Wer unterhält ihn? Wer profitiert vom Krieg? Wie weit sind Transnationale Konzerne (TNK) mit darin verwickelt und wie weit tragen sie mit Verantwortung?

Ganz außen sitzt Wolf Christian Paes. Er gehört zum Vorstand der INISA e.V., Initiative südliches Afrika, die sich auch mit der Region befasst, wahrscheinlich etwas weiter südlich – Südafrika, Namibia, Simbabwe. Und er ist hier deswegen eingeladen, weil er im Augenblick im Internationalen Konversionszentrum (BICC) in Bonn arbeitet, und ich kann ihn eigentlich als Fachmann in Fragen der Warlord-Geschichten in den Kriegen, in Fragen der Rüstung und wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Fragen der Verbreitung von Kleinwaffen und dergleichen vorstellen.

Neben mir, und vielleicht kommt er auch noch, sollte eigentlich Gottfried Wellmer sitzen, auch ein Mitglied der ISSA, einer meiner Vorgänger als ISSA-Geschäftsführer. Er arbeitet heute freiberuflich als Publizist, und seine Schwerpunkttätigkeit ist einmal die Begleitung der Klage der Apartheidopfer, die jetzt gegen u.a. bundesrepublikanische Firmen im Sektor Banken, Transport und Rüstungszusammenarbeit läuft. Weiter forscht er derzeit auf dem Gebiet der Privatisierung der Wasserwirtschaft im südlichen Afrika. Er sitzt gerade an einer Studie, die Auswirkungen der Privatisierung, Vor- und

Nachteile einer solchen Privatisierung in Namibia, Südafrika zum Thema hat. Er hatte heute noch einen anderen Termin, zusammen mit der Journalistin Birgit Morgenrath, die manche vielleicht aus dem WDR kennen, und die haben zusammen ein Buch herausgegeben, das sich mit der Verwicklung der deutschen Industrie zu Zeiten der Apartheid in Südafrika befasst. Dieses Buch wurde heute in Frankfurt auf der Buchmesse vorgestellt. Beginnen möchte ich mit der Lage an den großen Seen. Man hört immer wieder, es seien mehr oder weniger Stammeskriege, so kommt es hier herüber, und ganz selten hört man mal – ganz kurz kam das Schlagwort Coltan in die Presse –, dass dahinter wirtschaftliche Interessen stehen. Allerdings anders als zu den Zeiten der Unabhängigkeit des Kongo, als große Konzerne es noch schafften, internationale Truppen ins Land zu holen und dort die Lage wieder unter Kontrolle zu bringen. Heute ist die Lage wesentlich undurchsichtiger. Aber da können Sie uns sicher bestimmt mehr darüber berichten: Wie die Lage aussieht? Wie Sie die Perspektiven einschätzen für einen Friedensprozess und – das würde ich als Schwerpunkt sehen – wie TNK und deutsche Firmen in diesen Krieg verwickelt sind und davon profitieren.

H: Ja, in der Demokratischen Republik Kongo tobt seit einigen Jahren Krieg, ein ganz furchtbarer Krieg. Sicher, jeder Krieg ist furchtbar. Aber was die Zahl der Opfer und das Leiden angeht, ist er sicherlich mit Abstand der bedeutendste Konflikt, der zur Zeit auf der Welt läuft. Genauer gesagt, ist das seit August 1998 so. Damals ist das entstanden, was die Leute den ersten Weltkrieg Afrikas nennen. Also ein Krieg, der nicht ein Krieg zwischen zwei Staaten ist, ein konventioneller Zwei-Staaten-Krieg und nicht ein Bürgerkrieg, sondern ein Krieg von verschiedenen Truppen aus verschiedenen Ländern in einem Land, die gegeneinander stehen. Aber im Laufe dieses Krieges hat sich immer mehr herausgestellt, dass das eigentliche Ziel des Krieges nicht der Frieden ist; also Frieden ist ja immer das Ziel eines Krieges. Das klingt jetzt absurd. Pax Romana heißt aber nichts anderes als den Gegner klein machen. Militärische Befriedung bedeutet genau, dass der Gegner besiegt wird. Danach entsteht so etwas wie eine Pax Romana oder Pax Britannica oder wie auch immer. Das Ziel ist jedenfalls dieser Zustand nach dem Krieg. Die einen siegen über die anderen, das ist das Ziel, oder sie einigen sich. Da aber hat sich immer wieder herausgestellt, dass das eigentliche Ziel nicht das Ende des Krieges ist, sondern die Fortsetzung dieses Zustands, weil innerhalb dieser Lage eines zerfallenden Staates, in der keine richtige staatliche Organisation mehr funktioniert, bestimmte Leute Vorteile davon haben, dass der Krieg weiter läuft.

„Der erste Weltkrieg Afrikas“

Und da kommt man auch schnell auf die strukturelle Ursachenanalyse des Krieges. Dieses ist das große Thema, was mit dem Begriff Kriegsökonomie bezeichnet wird. Sicherlich, man fängt an, Kleinwaffenimporte zu verbieten, der Krieg wird vielfach mit Kleinwaffen oder hauptsächlich mit Kleinwaffen geführt. Von dort aus kommen wir schon auf Kindersoldaten und ähnliche Themen. Aber es gibt auch die andere Seite der Medaille sozusagen, die

strukturelle Ursachenanalyse des Krieges und das sind die wirtschaftlichen Ursachen. In den Vereinten Nationen ist das Bewusstsein dafür gewachsen. In verschiedenen Konfliktzusammenhängen, z. B. in Angola, diese Sache mit den Blutdiamanten ist bekannt geworden, in Kambodscha war das mit den Roten Khmer. Die haben überlebt, weil sie Tropenholz und Rohbrillanten exportieren konnten. Das hat man ausgetrocknet. Und da hat man gesehen, dass auf diese Weise in Kambodscha der Konflikt in den Griff zu kriegen war.

In Angola war das etwas komplizierter. Im Fall der Demokratischen Republik Kongo gibt es relativ vernünftige Schätzungen einer amerikanischen NGO, „Refugees international“, die auf eine Zahl von sagenhaften 3,2 Mio. Toten seit August 1998 gekommen ist. In diesem Zusammenhang hat der Sicherheitsrat ein Panel eingerichtet, eine Art Kommission, die geforscht hat über die so genannte illegale Ausbeutung der Rohstoffe aus dem Gebiet der Demokratischen Republik Kongo.

Was heißt illegale Ausbeutung? Verträge sind, habe ich mich belehren lassen, ich bin kein Jurist, niemals illegal. Sie können höchstens sittenwidrig sein. Nun ist in dem ersten großen Bericht, den diese Kommission herausgebracht hat, vom Frühjahr 2001, ein längerer Abschnitt am Anfang über die Illegalität, und der gipfelt im Vorschlag, alle Verträge, die seit 1997 zwischen der Regierung und den internationalen Unternehmen abgeschlossen wurden, für ungültig zu erklären, um noch einmal ganz von vorne anzufangen.

Was hat der Krieg mit meinem Handy zu tun?

Und da ist eben das ganze Problem, was eben im Augenblick geschieht.

Demnächst soll ein neuer großer Bericht herauskommen mit neuen Vorschlägen, die Kommission definiert diesen Krieg als einen Krieg um die Kontrolle und die Ausbeutung einer ganz kleinen Zahl von Rohstoffen. Und das funktioniert natürlich nur, um das jetzt in Kurzform zu sagen, weil es Weltmärkte gibt, die diese Rohstoffe aufnehmen, zu denen die Rohstoffe in irgendeiner Weise kommen – sei es direkt oder indirekt – und von dort aus dann abgeschöpft werden. Dazu gehören natürlich die klassischen Rohstoffe aus diesem Land. Das Land ist reich an Kupfer, Eisen, Kobalt und diversen anderen als auch moderneren wie dieses Coltan. Da steckt ein Element drin, ein Edelmetall namens Tantal, das in jedem Handy ist, in der Chipproduktion eine wichtige Rolle spielt, auch beim chemischen Apparatebau, in der Luftfahrtindustrie und beim Militär usw., das einen sehr hohen Stellenwert hat und vom Pentagon in einer Studie als strategischer Rohstoff eingestuft wurde.

Und da kommen wir direkt auch auf die deutsche Verantwortung. Es gibt eine Firma, die in Goslar ansässig ist. H. C. Starck heißt diese, die sich selber als die Weltmarktführerin von Tantal bezeichnet und die anders argumentiert hat, als bekannt wurde, dass das Tantal im Krieg 1999/2000 eine besondere Rolle spielte und der Preis bis zu 400 \$ pro kg mal gestiegen war, er ist dann aber wieder gefallen. In der Zeit haben wir angefangen H. C. Starck anzuschreiben und uns zu erkundigen. Wir wussten auch nicht allzu viel davon. Am Anfang haben sie argumentiert, wir kaufen von den guten Leuten und finanzieren den Krieg nicht. Die anderen, die kaufen bei den schlechten Leuten. Dann hat sich die Argumentation nach einer Weile umgedreht und es

hieß, wir kaufen überhaupt kein Gold mehr aus Zentralafrika. Das kann man natürlich lange behaupten von der Firmenseite aus.

Wir als NGO waren immer zu schwach, obwohl wir ein paar Kontakte haben, die auch kleinere Recherchen machen können. Es ist uns nie gelungen, konkret nachzuweisen, was eigentlich Sache ist. Hier setzt eben das große Problem an: Wie können wir die Sache dingfest machen? Wie können wir Firmen verpflichten? Es gibt natürlich kleinere Instrumente, z. B. die OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen. Die haben aber eine zentrale Schwäche. Bei denen geht es nämlich nur um Direktinvestitionen und nicht um die Zulieferer, also die so genannten *supplies*. Es gibt auch eine nationale Kontaktstelle, die im Wirtschaftsministerium ansässig ist. ber die kann so was laufen. Bei der kann man auch Klagen einreichen, aber wenn, dann reden sie nur aus Kulanz darüber. Und das ist sehr schwer, da nun wirklich etwas daraus zu machen. Man kriegt die Sache nicht justiziabel.

Um nur ein Beispiel zu bringen:

Denken Sie an die Kinderprostitution. Die ist bei uns seit vielen Jahren verboten. Aber vor einigen Jahren gab es eine Tendenz, dass Leute, die Kinderprostitution haben wollten, die diese Untaten begehen wollten, in bestimmte Urlaubsregionen gefahren sind: Bangkok, Indonesien, Sri Lanka usw., um dort dann auf ihre Kosten zu kommen. Sie sind zurückgekehrt und fühlten sich relativ sicher. Vor einigen Jahren gab es ein neues Gesetz. Untaten von dieser Art können nun von deutschen Gerichten verfolgt werden, auch wenn sie im Ausland begangen werden. So was, stellen wir uns vor, müsste es im Grunde genommen auch, wenn man an die Problemanzeige der Kriegskonomie denkt, im Zusammenhang mit den Rohstoffen geben.

Es fehlen völkerrechtliche Instrumente

Das heißt, Firmen, die Rohstoffe aus Regionen auf welchem Weg auch immer kaufen, in denen ein heißer Krieg herrscht, und die auf diese Weise zum Krieg beitragen, müssen aber auch haftbar gemacht werden. Das gibt es natürlich weder auf nationalem Niveau noch auf internationalem Niveau. Es gibt diesen Internationalen Strafgerichtshof, und da gibt es jetzt, wie ich gelesen habe, Versuche, dieses große Thema „illegale Rohstoffausbeutung aus der Demokratischen Republik Kongo“ dingfest zu machen und auch internationale Firmen dabei anzugehen. Es sind auch die deutschen Firmen dabei, wie es heißt. Also, in den UN Panel-Berichten vom Oktober letzten Jahres sind fünf deutsche Firmen im Zusammenhang mit dem Tantalexport genannt, u.a. diese H. C. Starck, Bayer ist auch genannt und dann noch eine andere wichtige Firma, Mar (?) GmbH, die auch eine Mine betreibt. ber den Internationalen Strafgerichtshof wird also versucht, die Sache justiziabel zu machen, wie es in den Berichten heißt. Aber ich persönlich bin eher skeptisch, ob das klappen wird. Es könnte auch eine große Bauchlandung werden am Ende, weil die völkerrechtlichen Instrumente bisher fehlen. Die Problemanzeige ist mittlerweile relativ klar. Es gibt Papiere der Bundesregierung, es gibt Papiere der Wissenschaftler, es gibt Papiere aus dem NGO-Bereich, der Kirchen, die dieses Thema Kriegskonomie umkreisen, also Rohstoffexporte und Waffenimporte zur Finanzierung des Krieges, dessen Ziel nicht das Ende des Krieges ist, sondern die Fortsetzung des

Krieges auf Kosten der Bevölkerung. Das ist die Problemanzeige. Aber die Instrumentenseite, das justiziabel zu machen, ist sehr, sehr schwach. Also, das wertvollste Instrument ist, meiner Ansicht nach, die US-Idee, Leitlinien für internationale Unternehmen festzulegen. Aber hier muss unbedingt auf der Normenseite auch noch etwas gemacht werden.

Um zum Schluss noch das eine zu sagen, ich habe es selber von einer Reihe von Kongolesen im Kongo selber und auch hier gehört: „Hätten wir die Rohstoffe nicht, dann ginge es uns besser,“ sagen manche Kongolesen. Es ist doch absurd, man muss sich das mal vorstellen, dass ein Land, das reich mit Rohstoffen gesegnet ist, diesen Segen plötzlich als Fluch bezeichnet. Es ist ja faktisch so, und es gelingt uns nicht diese Sache zu deichseln, dass es sich umkehrt. Das ist das Problem. Dazu muss ich allerdings auch sagen, aus dem NGO-Bereich gibt es nur einen kleinen Teil von Leuten, die sich mit diesem Gebiet beschäftigen, mit dem Krieg. Ich selber komme aus der Friedensbewegung. Diejenigen, die noch internationale Kontakte haben, die meisten haben mit Lateinamerika zu tun, an zweiter Stelle kommt Asien und Indonesien und dann ganz zum Schluss Afrika, und dann noch eher das anglophone. Frankophones steht ganz weit zurück. Dabei kann man schon Kontakte aufbauen. Es gibt eine Zivilgesellschaft. Es gibt hier jede Menge Gruppen. Es gibt einen Wildwuchs von Gruppen im Kongo, mit denen man in Kontakt treten kann durch das Internet. Fast überall gibt es diese Cafés oder Leute, die E-Mails schreiben können. Es werden Resolutionen verfasst. Es werden Menschenrechtsberichte verfasst. Und da sind auch gute Sachen dabei. Man muss natürlich Spreu vom Weizen trennen. Aber wir haben inzwischen eine ganze Reihe von Kontakten, Pax Christi international, die auch bei der Vernetzung der ganzen Sache sehr aktiv gewesen sind. Also, man kann sich darum kümmern und ich sehe, dass man mit Lobby-Arbeit doch etwas machen kann. Ich bin auch in diesem Ökumenischen Netz Zentralafrikas. Und dann haben wir die Coltan-Broschüre lanciert, „Was hat mein Handy mit dem Krieg im Kongo zu tun?“, die eine ziemlich hohe Auflage erreicht hat. Deswegen ist doch ein ziemliches Bewusstsein da. Mit diesem Bewusstsein kann man einen gewissen politischen Druck ausüben. Auch wenn man immer wieder enttäuscht ist, aber ich glaube schon, dass das was gebracht hat und dass doch auf Seiten der Firmen eine gewisse Vorsicht hinzu gekommen ist. Ich habe auch aus Botempo (?) und anderen Städten des Kongo gehört, dass der Coltan-Absatz ein bisschen Schwierigkeiten macht. Dies hängt auch damit zusammen, dass wir hier politisch arbeiten. Also hängen unsere politische Arbeit und die Situation vor Ort doch eng zusammen.

M: Gerade diese letzte Frage, was kann man hier tun, wollte ich in der letzten Runde allen noch einmal stellen; denn es kann ja nicht einfach nur sein, dass wir hier darüber reden, wie schlimm oder wie gut es dort aussieht, sondern wie die Zusammenhänge wirklich sind. Was kann man tun? Wie kann man sich einsetzen gegenüber politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern? Wie kann man informieren und hier aufklären? Aber das machen wir dann noch einmal in der letzten Runde.

Bleiben wir noch etwas im Kongo oder vielleicht gehen wir auch weiter; denn die Problematik sehen wir auch in Westafrika. Die Kriege haben dort eine etwas andere Form als vor einem Jahrzehnt. Das Problem sind heute meistens gar nicht mehr die regulären Armeen – was heißt gar nicht mehr –, sondern mehr oder weniger Söldnertruppen.

Ich erinnere mich heute an Anfang des Jahres, da hat die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Afrika-Woche durchgeführt, wo u.a. der Konflikt in Liberia und Sierra Leone Thema war. Da war ein General der Befriedungstruppen anwesend. Der kam aus dem Senegal und sagte: „Wir haben dort die Leute entwaffnet. Ich kam nach Hause und dort fand ich die gleichen Leute wieder, die an der Elfenbeinküste den Konflikt mit schüren“, und er bezeichnete sie als wandernde Truppen, die schlicht und einfach vom Krieg leben und eben gar keine Loyalität zu einer Gruppe haben, einer politischen Gruppe oder zu einem Land haben, sondern auf eigene Rechnung Krieg führen, da wo er bezahlt wird. Und ich denke, da kann Wolf Christian Paes gut einiges dazu sagen.

C: Vielleicht um anders anzuschließen... das, was mein Vorredner gesagt hat, ist eine Tendenz, die wir sehr stark beobachten. Ich arbeite an Forschungsprojekten der deutschen Stiftung Friedensforschung, die sich genau mit diesen Fragen der Gewaltmärkte im südlichen Afrika beschäftigen. Und wenn man sich die Länder, die dann infrage kommen mit den Konflikten des vergangenen Jahrzehnts und in diesem Referenzrahmen anschaut, dann fällt auf, was Sie eben beschrieben haben, eine Privatisierung der Gewalt, eine Auflösung von tradierten staatlichen Kulturen und von Konfliktmustern, wie man sie kennt. Den Krieg vor dem Ende des Kalten Krieges konnte man leicht auf die Formel bringen: Es sind zwei Seiten. Diese zwei Seiten werden unterstützt von den globalen Spielern oder vielleicht den zweieinhalb globalen Spielern, wenn man China noch mit dazu nimmt. Sie erhalten dort ihre Waffen, ihre Munition, ihre Dienstleistungen, wenn sie Glück haben, oder auch Truppen, die unter ihrem Solidaritätslabel oder der Geheimdienstfahne mit ihnen in den Krieg ziehen. Das heißt, dass der Krieg relativ stark von Zuflüssen von außen lebt, und wo die beiden beteiligten Konfliktparteien während des Konfliktes mal auf der einen, mal auf der anderen Seite stehen. Angola ist da ein gutes Beispiel, wo die UNITA einige interessante ideologische Pirouetten in den 30 Jahren ihrer Existenz geschlagen hat, mit der Brille des Kalten Krieges konnte man dieses beobachten und zumindest oberflächlich gut verorten.

Staaten werden von innen aufgefressen

Die neue Entwicklung ist jetzt, dass Afrika nach dem 11. September sehr viel stärker an die geostrategische Peripherie gerückt ist. Also dass man auf der einen Seite gesagt hat, was braucht man noch Afrika? Und das ist ein sichtbarer Rückzug sowohl in der Entwicklungshilfe als auch in anderen Handels- und Militärbeziehungen, die es mit diesen Teilen der Welt bei den etablierten Spielern sozusagen gibt. Das hat einen Erosionsprozess gefördert, der vorher auch schon erkennbar war. Das Regime von Mobutu war schon vor Ende des Kalten Krieges am Ende, piff schon aus dem zumindest vorletzten

Loch, aber das Ende des Kalten Krieges hat dann noch einmal den endgültigen Push gegeben, so dass viele Staaten in dieser Region von innen aufgefressen werden.

Der Kongo ist das drastische Beispiel für diesen Erosionsprozess, aber auch Westafrika: Liberia, Sierra Leone. Länder, wo man den endgültigen Zusammenbruch der staatlichen Autoritäten so nicht genau auf das Ende des Kalten Krieges zurückführen kann. Da wurde es dann schwierig, die Fassade von Souveränität und vom Staat-Sein aufrecht zu erhalten. Und es gab Perioden in den letzten zehn Jahren, wo man in Monrovia oder Freetown im Wesentlichen noch ein paar Stadtteile kontrollierte oder die Botschaft, die Fahne, die Nationalhymne und im Falle Liberia das internationale Schifffahrtsregister, das ein bisschen Geld produzierte. Aber mehr Kontrolle über ihr Land hatten sie nicht. Das heißt, wenn Sie sagen, wir erleben eine Privatisierung durch die Söldner und nicht mehr so durch die etablierten Armeen, dann ist das sicher richtig, wobei die Trennlinien immer mehr verschwimmen. Man kann kaum noch unterscheiden zwischen privatwirtschaftlich motivierten Interessen, Söldnertum im Auftrag von Dritten und dem, was eigentlich die Armeen idealtypisch machen sollten. Schwierig ist es, glaube ich, Antworten zu finden, was diese ökonomischen Aspekte angeht.

Auch Warlords brauchen relativ stabile Produktionsbedingungen. Wir haben gesagt, es gibt Kriege, die deswegen geführt werden, um die weitere wirtschaftliche Ausbeutung zu erlauben. Das ist heftig umstritten, inwiefern das die Ursache und was die Wirkung ist. Das ist zweifelsohne das Konfliktmuster, was ich im Augenblick sehe. Ich neige dazu zu sagen, dass es ist nicht der Krieg um des Krieges willen ist, sondern der Krieg um die Möglichkeit der Ausbeutung. Das ist selbstverständlich auch ein Problem für die Warlords in den Kibus (?), die am liebsten Ruhe haben und sich nicht mit den Warlords der Nachbar-Kibus sozusagen schlagen müssen. Das heißt, auch Warlords lieben, meiner Meinung nach, und das scheint auch die Mehrheitsmeinung zu sein, die Sonne. Sie mögen den bewaffneten Frieden mehr als den offenen Krieg in brutaler Form um Diamanten, und erst recht, wenn es um etwas technisch aufwändigere Form wie nach Öl bohren oder fördern geht. Dann brauchen sie relativ stabile Produktionsbedingungen. Wovon Warlords sicher leben, ist die Tatsache, dass es keinen Staat dort mehr gibt im Augenblick. Man spricht immer vom Kongo, man spricht von Liberia, von Sierra Leone. Und wenn man sich viele afrikanische Länder, die Bürgerkriege erleben, anschaut. In wie vielen Staaten ist der Staat im westlichen Sinne ein Staat der Dienstleistungen, der seinen Bürgern zur Verfügung steht? Ein Staat, der zumindest das absolute Minimum aufrecht erhält, das Gewaltmonopol, dann findet man auch jenseits der Konfliktgebiete Zonen, die eigentlich schon recht nah dran sind, wo Sie nicht zur Polizei gehen, wenn Sie ein Problem haben. Ganz im südlichen Afrika, in der Region, wo Herr Möllers, Herr Wellmer und ich zu Hause sind, gibt es wenige Länder, wo Sie zur Polizei gehen, wenn Sie ein Sicherheitsproblem haben. Da haben Sie dann den bewaffneten Wachmann vor dem Haus, wenn Sie eine Firma sind und wenn Sie irgendetwas haben, um das Sie fürchten.

Südafrika mag ja, weiter entfernt, besser dran sein, aber auch da gibt es diese Tendenzen.

Privatisierung der Sicherheit

In fast allen Ländern Afrikas gibt es drastisch mehr Angehörige von privaten Sicherheitsfirmen als Polizeibeamte in Uniform. Das zeigt doch, dass das, was Sie eben für den Kongo beschrieben haben, in abgeschwächter Form auch anderswo anzutreffen ist. Es ist ein Rückzug des Staates in eine Privatisierung der Sicherheit, die natürlich am ehesten diejenigen trifft, die es sich eben nicht leisten können, Sicherheit zu bezahlen; denn Sicherheit ist ein handelbares Gut, gehört auf einen Markt und ist kein Grundrecht. Dann leidet natürlich immer zuerst das schwächste Glied der Kette. Und unabhängig davon, ob wir uns eine Kriegsregion anschauen oder gleich welches andere Land, es ist doch ein globaler Trend.

Es gibt, meiner Meinung nach, ein paar andere Entwicklungen, die das verstärkt haben: Einmal die Tatsache, dass es in Afrika ein Überangebot an Waffen gibt. Der General der Friedenstruppe hätte auch sagen können, die Waffen, die er in Liberia und Sierra Leone eingesammelt hat im letzten Jahr, sind im nächsten Jahr in der Elfenbeinküste. Es ist tatsächlich so, es sind häufig physisch genau die gleichen Waffen, weil die Friedenstruppe sie nicht vernichtet, sondern dort gelassen hat, in der Hoffnung, dass die Bürger von Sierra Leone damit etwas anzufangen wissen. Es war leider nicht so. Und dann so eine Tendenz, die dann nach der Zeit des Kalten Krieges wieder stark zugenommen hat, als die Sowjetunion, der Ostblock zusammengebrochen ist und ein Überangebot an günstigen Waffen auf die Weltmärkte schwappte; denn es ist sehr viel einfacher geworden.

Das gab es früher auch in internationalen Abkommen. Aber es lief stärker unter staatlicher Ägide in der einen oder anderen Hand der Geheimdienste, die dafür sorgten, dass die einen oder anderen Klienten entsprechend damit versorgt wurden. Und das ist heute viel stärker privatisiert.

Ein anderer Aspekt, der mehr oder weniger zeitgleich gekommen ist, ist die enorme Globalisierung der Märkte. Das ist ein Prozess, von dem alle reden. Aber gerade die Rohstoffe, die wir eben angesprochen haben, Coltan u.a. Dort haben sich die Marktstrukturen in den letzten zehn Jahren deutlich verändert zum Nachteil der Bewohner von Bürgerkriegsländern und zum Vorteil der Warlords sozusagen. Heute gibt es im Gegensatz zu vor zehn Jahren vergleichsweise weniger Schwierigkeiten für Kriegsherren, die irgendwo sitzen. Solange Sie ein Satellitentelefon haben, können Sie problemlos Gelder von einem Konto zum anderen verschieben. Wenn Frachtflugzeuge Ihnen eine neue Kalaschnikow bringen, wenn Sie dafür bezahlen, können die die Diamanten, oder was auch immer Sie exportieren, auf dem Rückweg gleich wieder mitnehmen. Das ist auch alles nicht neu. Das ist aber seit der Zeit des Kalten Krieges alles einfacher geworden aufgrund der technologischen Entwicklung und des Endes des Kalten Krieges und des abnehmenden Interesses aller Seiten im Westen wie im Osten, an diesem Teil der Welt, wo die Staaten selber eine Hülle ihrer selbst sind. Das halte ich für eine sehr gefährliche Entwicklung und das ist dann eine Abwärtsspirale gerade in weiten Teilen Afrikas. Das ist nicht überall so, aber in einigen

zentralen Regionen.

M: Wir hatten jetzt zum Kongo vor allem herausgestellt die Verantwortlichkeit von internationalen Unternehmen an diesem Krieg und auch die Frage, wie weit es bereits beim Internationalen Strafgerichtshof oder bei der UNO Überlegungen gibt, eben solche Geschäfte zu ächten und gegebenenfalls unter Verfolgung zu stellen. Wir haben gerade einen Fall, der gerade wieder aktuell wird, in Südafrika gehabt. Da Südafrika ein Regime gewesen ist, das nicht anerkannt war oder zumindest in dem Ruf stand, menschenverachtend zu sein, gegen die Menschenrechte und Menschenwürde zu verstoßen, ähnlich wie der Faschismus hier in Europa und in Deutschland gewesen ist. Wir haben während der ganzen Zeit deutsche, internationale Firmen, Transnationale Konzerne gehabt, die in Südafrika kräftig investiert, verdient haben und auch, denke ich, dazu beigetragen haben, dass das Regime länger überleben konnte. Und wir hatten nach dem Ende der Apartheid 1994, mit der Einrichtung der Wahl zur Versöhnungskommission, die die ganze Geschichte aufrollen sollte, gewisse Erwartungen, dass hier die Täter mit zur Rechenschaft gezogen werden. Es liegen mittlerweile von Opfern zwei Anklagen vor US-Gerichten, die eben gegen TNK gerichtet sind und die sie zur Wiedergutmachung heranziehen wollen. Gottfried Wellmer stellt mit Gutachten her für die Anklageseite und hat auch ein Buch geschrieben über die Verflechtung der deutschen Konzerne in Südafrika. Könntest du ganz kurz sagen, wie sieht die Verflechtung aus? Wie lässt sich die Klage aufrecht erhalten? Wie haben sie die Apartheid verlängert, also nicht nur wirtschaftlich investiert, sondern auch tatsächlich das Regime unterstützt? Und wie läuft heute die Klage, worauf begründet sich die Klage und welche Aussichten siehst du?

W: Die Klage läuft in New York und es muss noch entschieden werden, ob das Gericht sie überhaupt annimmt. Und das wird im November stattfinden. Aber sie ist eingereicht worden. Die Klage konzentriert sich auf die Frage, inwiefern haben TNK tatsächlich Komponenten von Waffen an Südafrika geliefert. Komponenten von Waffensystemen oder Waffentechnologie an die Waffengesellschaft ANSCOR, damit sie den Krieg im eigenen Land wie gegen die Nachbarstaaten fortsetzen konnte. Und die zweite Frage waren strategische Stoffe wie Öl. Südafrika hat kein Öl, das war die Achillesferse des Apartheidsystems. Die OPEC-Staaten hatten offiziell beschlossen, Südafrika nicht mit Öl zu beliefern. Es gab diverse europäische und andere Unternehmen wie TRUFOSA, die dieses OPEC-Embargo unterliefen. Dazu gehörten auch deutsche und schweizerische und US-Unternehmen, die das gemacht hatten als Lieferanten von Öl, als Lieferanten von Waffen oder Waffenkomponenten.

Und die dritte Frage war, wie war das mit den Finanzen? Mitte der 70er Jahre geriet Südafrika in eine ökonomische Strukturkrise, die zusammenhing mit dem Ölschock 1974 und die sie bis zum Ende des Apartheidsystems nicht lösen konnten. Und je schwieriger diese ökonomische Krise wurde für die Wirtschaft in Südafrika, desto strategisch wichtiger wurden die ausländischen

Anleihen, die Südafrika aus dem Auslandsmarkt tätigen konnte. Je mehr wir zum Ende der Apartheid kamen, desto wichtiger war die Rolle, die deutsche und schweizerische Banken in diesem Geschäft gespielt haben.

Banken und Konzerne als Stützen des Systems

Diese drei Gesichtspunkte haben wir in aller Klarheit zugespitzt dargestellt. Und ich denke, wir können nicht nur, was die Lieferantenseite der TNK angeht, sondern auch was die Struktur in Südafrika selber angeht, nachweisen, dass gerade in den letzten und blutigsten Jahren der Apartheid, in den 80er Jahren, das System innerhalb Südafrikas so militarisiert worden war, dass Konzerne nicht umhin kamen, in irgendeiner Weise im Sicherheitsapparat eine Rolle zu spielen. In jedem Städtchen Südafrikas gab es ein Security Management Committee, wo die Handels- und Industriekammern einen ständigen Platz hatten. Es ging darum, dass der Sicherheitsapparat und die Privatindustrie zusammenarbeiten sollten, um den Aufstand in den Vorstädten unterdrücken zu können. Eine Idee der Militärs war, wenn man den größten Teil des Mobs beruhigen könnte, indem man eine kleine schwarze Elite in den Townships herstellt, indem man Luxushäuser hinbaut oder einen tollen Sportplatz oder so, anfängt, Strommasten in die Townships zu bringen und Wasser, dann könnte man vielleicht diesen Aufruhr dämpfen. Also brauchte man das Geld der Privatindustrie, der Staat war schon längst praktisch pleite, um so etwas einrichten zu können. Das nannte man die winning-half-mind- Strategie. Eine Geschichte, die die Südafrikaner von den Franzosen und ihren Erfahrungen im Algerienkrieg und von den USA mit ihren Erfahrungen in Vietnam gelernt hatten. Auf dieser Ebene gab es eine ständige Kooperation zwischen Privatindustrie und Sicherheitsapparat des Staates.

Dann gab es eine andere Ebene, dass wenn der Staat Arbeitskräfte, die in der Industrie arbeiteten, Ingenieure, leitende Manager einziehen wollte für ihren jeweiligen Militärdienst, und das kam jedes zweite Jahr vor, dann kriegten diese hoch bezahlten Manager nur die geringen Armeelöhne. Der Staat überzeugte die Privatindustrie, sie sollten bitteschön die Differenz zwischen üblichem Lohn dieser Köpfer, dieser technischen Menschen ausgleichen und den Lohn weiter fortzahlen. Eine direkte Subventionierung der südafrikanischen Armee durch die Privatindustrie. Es gab also verschiedene Klammern in den Privatindustrien, so dass sie sagen konnte, mit dem Gewaltapparat haben wir eigentlich nichts zu tun. Es gab diese Klammern, die sie miteinander verbanden. Und insofern, denke ich, gab es kaum einen Konzern, der nicht interessiert war an dem Staat. Es waren die einzigen Leute, die noch Investitionen in strategisch wichtige Sachen machten. Wenn die von den Staaten etwas wollten, mussten sie dieses Spielchen mit dem Sicherheitsapparat des Staates machen. Sonst kriegten sie den Staat als Kunden nicht mehr.

Die deutschen Firmen waren sehr daran interessiert, Großprojekte des südafrikanischen Staates als Aufträge zu bekommen. Bei den Kraftwerken, Kohlekraftwerken, bei Kohleanlagen, bei der Großchemie, da waren deutsche Firmen immer vorne an. Bei der Telekommunikation, bei der ganzen Geschichte, wie weit man da die Elektronik sowohl für das Heer als auch für

die Kommunikation im Lande modernisieren könne. Das war militärisch wie auch zivil vonnöten. Deutsche Firmen machten ihre Angebote, vermarkteten ihre Patente. Das war der Inhalt der Klage.

Verbrechen an der Menschheit müssen gesühnt werden

Worum es langfristig geht bei der Klage, ist nicht nur, die Firmen dazu zu bringen, Entschädigungen an die Opfer dieses Apartheidsystems zu zahlen.

Also es stand nicht nur im Rufe, verbrecherisch zu sein, es war ein Verbrechen an der Menschheit, So hieß das in der UNO. Und das ist so oft wiederholt worden, dass es jetzt Teil des internationalen Rechts ist. Und auch beim internationalen Gerichtshof wird gesagt, das Verbrechen der Apartheid, wenn es denn wieder auftritt, was jederzeit der Fall sein kann in einem anderen Land, in Form von Rassismus oder Rassendiskriminierung, das muss bestraft werden. Also sollen sie Kompensation zahlen. Ja natürlich sind die Firmen völlig dagegen und verstecken sich hinter Regierungen, die jetzt dieselben TNK umwerben, dass sie doch eben bitteschön investieren und Arbeitsplätze schaffen.

Was mir interessant zu sein scheint an dem Fall, hier wird in einer Klage eine Menschenrechtsverletzung zur Grundlage einer Kompensationsklage gemacht. Die Tatsache, dass die Firmen dort investiert haben, dass sie den Staat beliefert haben mit Geld, mit Waffensystemen oder strategischen anderen Gütern, ist die Grundlage. Das ist eine sekundäre Mitverantwortung an einem verbrecherischen System. Es ist keine primäre Verantwortung. Sie haben das System nicht erfunden. Das Apartheidsystem ist gleichzeitig mit unserem Faschismus entstanden in den 30er Jahren.

Die langfristige Sache ist, kann man das internationale Recht, was bisher nur Staaten oder Einzelpersonen verantwortlich macht für Verletzungen des internationalen Rechts, kann man eine neue Kategorie von Akteuren auf der internationalen Ebene nämlich TNK verantwortlich machen für Verletzungen von, sagen wir, Menschenrechtsakten? Die Idee und eine der Formen, dieses zu befördern, wäre eben eine erfolgreiche Klage. Und solche Klagen gibt es jetzt häufiger. Ölkonzerne, die das Diktatorenregime in Burma dazu benutzt haben, die Bevölkerung zwangsweise umzusiedeln, damit sie eine Pipeline durch Burma bauen konnten, die bekommen dieselbe Klage für Entschädigungen von den Flüchtlingen aus den burmesischen Gebieten jetzt in den USA serviert. Das ist eine US-Firma. Der Mord an Ken Saro-Wiwa in Nigeria liegt auf dieser selben Ebene. Hier wird dasselbe Gesetz, also Verletzung von Menschenrechten, für die Kompensationsklage benutzt. Wenn das durchkommen würde, wäre es ein Stück Weiterentwicklung des internationalen Rechts.

Eine andere Ebene gibt es in der UN-Kommission für Menschenrechte. In den UN, der ECOSOC, der Abteilung für ökonomische und soziale Menschenrechte, gibt es eine Unterkommission, die jetzt Normen entwickelt hat für TNK, wo das, was bisher an Übereinkünften in UNO-Gremien inklusive der ILO, was Arbeitsbeziehungen angeht, des internationalen Arbeitsamtes, was dort an Übereinkünften geschaffen worden ist seit dem 2. Weltkrieg, dort zusammengefasst wird in Normen. Die Subkommission hat jetzt diese Normen verabschiedet, und jetzt kommt es vor die UN-

Menschenrechtskommission. Dort wird es heftigen Streit geben. Die deutschen Politiker haben jetzt schon vollbrüstig erklärt, niemals würden sie so etwas unterschreiben.

„Global compact“ ist nicht justiziabel

Denn es ist ja ein Unterschied, ob man so einen „global compact“ macht, der auf der Freiwilligkeitsbasis abläuft und eben nicht justiziabel ist. Das war eine Idee von Kofi Annan, dass man so eine Art Vereinbarung macht, eine Art Verhaltenskodex für TNK. Und eine ganze Reihe Firmen haben das freudig mit unterschrieben und erklären es jetzt in ihrer Firmenphilosophie, als PR-Teil. Und die Deutsche Bank ist dabei. Mercedes-Benz, die gerade angeklagt wurden in New York wegen Verletzung der Menschenrechte vor zehn Jahren, die sind dabei, weil es sich gut macht für das Image der Firma, die global handeln will, dass sie sagen kann, „global compact, Verhaltenskodex international, von Kofi Annan vorgeschlagen, unterstützen wir vorbehaltlos“. Sobald es darum geht, das in justiziable Normen zu gießen, deren Verletzung Strafen nach sich zieht und Gerichtsfälle nach sich zieht, dann wird nicht mehr unterschrieben. Dann wird die Lobby in Gang gesetzt, damit Regierungen so etwas nicht unterschreiben.

Hier, denke ich, ist einfach eine kritische Schwelle, die wir überschreiten müssen und wo es sich lohnt, auf unsere nationalen Regierungen Druck auszuüben, dass sie solche Bemühungen wie sie jetzt in der UN-Menschenrechtskommission laufen, unterstützen. Das wird dann bestimmt noch fünf Jahre dauern, bis wir wissen, wie das ausgelaufen ist. Aber ich denke, die Mühe lohnt sich, weil wir so etwas brauchen für unsere globale Wirtschaft. Dass wir für die wirklichen Akteure in dieser Weltwirtschaft neue Regeln haben, die haftbar gemacht werden können, dass sie Verantwortung zeigen müssen. Das haben wir bisher nicht. Wir brauchen es dringend. Die Regeln müssen einfach und einsichtig sein für alle Leute. Ich denke, das UN-System mit seinen Normen hat bisher den am weitesten akzeptablen Normenkatalog schon hergestellt. Was die Subkommission da gemacht hat, ist nur die Zusammenfassung dessen, was ohnehin schon immer beschlossen wurde. Das halte ich für eine spannende Geschichte. Ich denke, es wird großen Widerstand geben, eben weil es die Firmen was kosten wird oder kosten könnte, wenn sie diese Normen verletzen.

Aber genau hier, denke ich, müsste unser Bürgerinteresse sein, dass nicht nur in Deutschland, sondern eben überall in der Welt inklusive den schwachen Staaten Afrikas solche Normen Geltung haben.

M: Ich komme jetzt scheinbar zu einem anderen Thema, nämlich zu Simbabwe, wo diese direkte Verflechtung zunächst einmal gar nicht erkennbar ist. Über Simbabwe brauche ich gar nicht viel zu erzählen. Wer Zeitung liest, weiß, dass es in den letzten zwei oder drei Jahren nur noch negative Schlagzeilen gab, und ich will hier in keiner Weise die Politik von Robert Mugabe irgendwie verteidigen. Aber ich denke, auch diese Politik hat sicher ihre Ursachen in den Entscheidungen, die Mugabe bzw. sein Umfeld, die politische Elite in Simbabwe, getroffen hat. Aber sie hat auch eine Komponente, die mit in die Globalisierung gehört. Simbabwe ist nicht ein

isoliertes Land in Afrika, sondern ein Land, das eben auch in der Weltwirtschaft steckt und das ganz bestimmte Auflagen hier aus dem Norden bekommt, die mit verschiedenen Schlagworten wie „good governance“, solide Haushaltsführung etc. zusammenhängen. Und ich denke, dass diese globale Politik auch mit dazu beigetragen hat, dass Mugabe diesen Weg so eingeschlagen hat oder so einschlagen konnte, wobei ich durchaus meine, er hätte einen anderen Weg einschlagen können. Ich denke, hier kann Schwester Ingrid Geissler sicher mehr dazu sagen.

G: Ich möchte direkt an das anschließen, was Sie gerade hier sagten. 1994 wurde in Südafrika die Apartheid abgeschafft, was im Grunde schlecht für Simbabwe war; denn Simbabwe war so eine Art Hoffnungsträger für das südliche Afrika. Und die ganzen deutschen, großen Firmen hatten ihre Firmen in Simbabwe und hatten von dort aus operiert in Südafrika. Als Südafrika dann die Apartheid abschaffte, war das Szenario, dass sich die Firmensitze dann nach Pretoria oder nach Johannesburg oder nach Durban verlagerten und so viele Dinge, die auch wirtschaftlich Simbabwe einen Aufschwung gaben, sich dann wieder weiter nach dem südlichen Afrika verlagerten. Hier sieht man ganz klar die Verflechtungen auch innerhalb der einzelnen Länder. Simbabwe ist im Grunde so ein kleines Land, das aber sehr modellhaft wirkt und seine Dynamik dadurch erreicht, dass im Moment die Nachbarländer Angst haben, dass das, was in Simbabwe passiert, sich vor allen Dingen auch auf Südafrika auswirkt.

Mugabe – seit 23 Jahren an der Macht

Mugabe ist ein sehr guter Politiker im Sinne von guter Diplomatie. Er kennt seine Politik gut und weiß seine Kartensätze zu spielen. Seine Stärke ist, dass er mit der älteste Staatsmann im afrikanischen Kontinent ist. Er ist jetzt seit 23 Jahren an der Macht, und was das im afrikanischen Kontext heißt, ist, dass er deswegen auch einen gewissen Respekt und auch eine gewisse Unterstützung genießt. Wenn ein südafrikanischer Staatsmann kritisiert wird, dass er nicht gegen Mugabe (an-)geht, hat das viele Gründe, auch dass Amerika stille ist und er ihm gelobt, dass er nichts gegen Simbabwe tut. Aber er ist eben der am längsten Regierende. Sein Problem ist die Apartheid, die er von Anfang an durchgezogen hat, wo er keine Opposition hat aufkommen lassen, obwohl auch vor allen Dingen die deutschen Stiftungen immer wieder versucht haben, die Zivilgesellschaft in Simbabwe zu stärken. Der Oppositionsführer wurde sehr stark von der Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert. Auch die Konrad-Adenauer-Stiftung war sehr aktiv, um die Zivilgesellschaft zu stärken. Simbabwe ist ein Beispiel in dem Sinne, dass die westlichen Mächte im Grunde kein Interesse an dem Land haben, auch nicht viel gesagt wird, obwohl die Menschenrechtsverletzungen und auch jüngsten Entwicklungen sehr gut dokumentiert sind.

Wir haben in Simbabwe eine Bevölkerung, die auf sehr hohem Bildungsniveau ist, was natürlich für die Regierung wieder ein Problem ist. Sehr viele Hochschulabschlüsse, die heute arbeitslos sind. Die Bevölkerung von 50 Prozent Jugendlichen hat keine Arbeit, hohe Arbeitslosigkeit. In einem Land von 11 Millionen sind 60.000 Menschen in Europa, arbeiten hier in gut

bezahlten Stellungen, auch in Südafrika.

Ein fragwürdiger Globalisierungskritiker

Da sieht man etwas die Dynamik, die in diesem Lande herrscht. Mugabes Problem ist, wo die Leute auch nichts sagen, dass er im Grunde, als er 1980 an die Regierung kam, sich wirklich als Staatsmann gab: „Alle können in meinem Land leben. Wir wollen die Vereinigung aller Völker.“ Aber dann in den nächsten sechs Jahren schwere Menschenrechtsverletzungen mit Hilfe von Nordkorea begangen hat, indem er die Minderheitsgruppe, die Matabeles, gewaltsam unterdrückte. Und das ist ein Grund, warum er auch an der Macht bleiben will; denn er hat Angst, wenn er zurücktritt, dass dann Anklagen gegen ihn vorgetragen werden. Man darf auch nicht vergessen, dass die Amerikaner ihn 1999 baten, Mengistu aufzunehmen, so dass Simbabwe Zuflucht war für Mengistu. Er war sehr eng verbunden mit dem Ostblock und hatte auch Dinge erlebt, vor allen Dingen in Rumänien mit Ceaucescu, was da passiert ist. Warum wird nichts getan? Warum will er an der Macht bleiben? Es ist schwer zu sagen, aber er fühlt sich als Befreier seines Volkes. Und was im heutigen südlichen Afrika gut ankommt, er ist derjenige, der gegen die Globalisierung ist. „Wir können selber existieren, wenn wir unser Land selber bewirtschaften. Wir sind von den Großen nicht abhängig. Ich werde es ihnen zeigen.“ Was de facto nicht geht! Aber das ist in etwa die Tonart, die er anschlägt und die auch in der Bevölkerung eine sehr gute Resonanz findet, auch im südlichen Afrika, auch in Namibia, auch in Sambia, auch in Mosambik, wo die Leute auch hinter ihm und nicht negativ gegenüberstehen. Deshalb habe ich auch gesagt, er ist ein guter Politiker, weil er seine Karten sehr geschickt zu spielen weiß. Im Grunde wollen er und sein ganzer Clan, der sein Land unabhängig machte, an der Macht bleiben wegen dieser Menschenrechtsverletzungen.

Die ganze Kongogeschichte war ja interessant, da Simbabwe sehr viele Truppen in den Kongo schickte, wo sie plötzlich in der Hauptstadt Harare die neusten und tollsten Autos sahen, konnte man sehen, dass plötzlich bestimmte Leute Geld hatten und Handel treiben konnten.

Was auch interessant war am Beispiel Simbabwe war so ein kleiner Focus, dass die Weltgeschichte sich immer ändert oder wie sich die Mächte gegenseitig ausspielten. Als der Westen plötzlich nicht mehr Mugabefreundlich wurde, haben sie plötzlich Gaddafi gesehen, der dann das Öl geliefert hat, der etliche Güter bekam. Dann hat man sich wieder Malaysia zugewandt, dann China zugewandt. Dann, als sich der Westen weiter zurückzog, und im Moment ist es ja so, dass Europa und auch Skandinavien die Entwicklungsgelder einfach streichen wegen der Menschenrechtsverletzungen. Und so wird die Öffnung immer stärker gegen Osten. Kuba ist immer noch ein alter Freund von der Tradition und dem Befreiungskrieg her.

Wie gesagt, die großen Industriefirmen spielen eine große Rolle. Simbabwe, als kleines Land, kann nicht allein existieren, wird immer abhängig sein, mit Südafrika zusammenarbeiten müssen. Aber er als Staatsmann versucht diesem Volk das Gefühl zu geben: Wir sind unabhängig. Wir können es alleine machen. Wir können unser Land haben.

Missbrauch von Jugendlichen

Und sehr traurig ist die Geschichte, die mit den Kleinwaffen und den Kindersoldaten zusammengeht. Seit dem Jahr 2000 hat er angefangen Jugendbrigaden zu bilden, Jugendliche im Alter von 11-30 Jahren. Ja, früher in der Nazizeit, wie hießen sie doch?

P: *Hitlerjugend!*

G: Er fing an zu sagen, es sind zu viele Jugendliche auf der Straße. Wir wollen versuchen, ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Wir wollen ihnen ein Nationalgefühl geben; denn die Menschen haben ja den Unabhängigkeitskrieg nicht mehr mitgemacht. Also müssen diese jungen Leute heute (ein) Zwangstraining machen. Das hat dann drei Monate gedauert und dann wurden diese jungen Leute bewaffnet. Die Waffen von Mosambik, die weggenommen wurden und dann nach Simbabwe flossen. Wir haben sehr viele israelische Waffen, auch wenn Tränengas geworfen wurde. Am schlimmsten war das Tränengas von Israel, es ist wesentlich schärfer als das andere. Das war bei den Studentenunruhen etwas unangenehm.

Wir haben gegenüber der Uni gewohnt. Das ist manchmal sehr schwierig gewesen, weil die jungen Leute über den Zaun gehüpft sind. Man muss sich dann etwas mit den Truppen anlegen und versuchen freundlich zu sein, um solche Situationen zu entschärfen. Diese jungen Leute sind heute voll als seine Stoßtruppen ausgebildet. Sie haben ihre Jugendlager nahe den Wahllokalen, damit sie die Wähler beeinflussen können. Er setzt sie ein für irgendeine Art der Meinungsmache. Deswegen werden die Jugendlichen durch die Vororte gejagt, um Leute zu schlagen oder was immer es ist. Sie errichten Blockaden, die Ausweise werden abgenommen. Wenn ich keinen Ausweis mehr habe, kann ich nicht wählen.

Also ist das eine Art, die Opposition nicht hochkommen zu lassen, so dass sie dann die Wahlen gewinnen. Diese jungen Leute sind heute seine paramilitärische Gruppe. Was schlimm ist, dass die auch immer Vorrang haben an der Universität. Es darf keiner angenommen werden, der nicht durch dieses Jugendtrainingslager durchgegangen ist. Sie haben Vorrang. Die neueste Meldung ist, dass ausgebildete Lehrkräfte durch diese Jugendlichen ersetzt werden. Wie gesagt, der Westen ist wenig interessiert, auch nicht an den Menschenrechtsverletzungen, die da laufen, weil es ein kleines Land ist und man kriegt ja nicht sehr viel Profit raus.

M: Ich denke, dass ich jetzt einfach einmal das Podium öffne ins Plenum hinein und Sie bitte, Fragen zu stellen. Vielleicht nehmen wir mal fünf auf, und sagen Sie dabei aber auch, an wen Sie die Frage konkret richten! Und wir versuchen dann diese Fragen ein wenig zu klassifizieren und entsprechend zu verteilen.

P: *Ich war viele Jahre in der Anti-Apartheid-Bewegung eingebunden, und ich habe vor kurzem jemanden wieder getroffen, der, wie ich, lange Zeit in der Anti-Apartheid-Bewegung ist, sich aber auch zurückgezogen hat zu anderen*

Themen. Und diesen Betreffenden habe ich mehrere Jahre nicht gesehen, und das sagt auch schon Verschiedenes aus. Er erzählte von einer Reise, die er noch in diesem Jahr nach Namibia gemacht hat und bei der er wohl, aus seiner Sicht, keine guten Erfahrungen gemacht hat. Also, wie gesagt, jemand, der lange in der Anti- Apartheidbewegung war, der also ursprünglich aus Koblenz stammt und der sagt, dass – ich verkürze das jetzt – er hat die Politiker als entweder unfähig oder korrupt oder beides wahrgenommen, von Simbabwe Staatsspitze. Und ich habe also dagegen argumentiert. Dann sagt er ganz naiv, dass er seinen Standpunkt, den er früher hatte, in dieser Hinsicht in Namibia geändert hat. Das endete in einer Art Streitgespräch mit jemand, mit dem ich mich sonst gut verstanden hatte. Meine Frage geht an Sie, die sich mit dem südlichen Afrika befasst haben. Darauf hätte ich gerne eine Antwort.

M: Ich möchte erst noch weitere Fragen annehmen.

P. Man hört in letzter Zeit viel über NEPAD. Ich hätte gern gewusst, inwieweit diese Bewegungen oder was immer man darunter verstehen mag, wie man da helfen kann. Wie ernst man das nehmen kann? Wie stark sich das durchsetzen wird?

P. Sie sprachen von einer Unterstützung Nordkoreas.

G: Ja!

P. Können Sie das noch einmal näher erklären, was das bedeutet? Worauf das zurückzuführen ist?

G: Ja, das ist darauf zurückzuführen: Bevor das Land unabhängig wurde, haben vor allen Dingen die Ostblockländer und die östlichen Länder Mugabe unterstützt, während die westliche Welt mehr oder weniger Nkomo unterstützt hat. Aber 1980 hat Mugabe die Wahlen gewonnen und ist dann gezielt gegen den Minderheitsstamm der Matabeles und Nkomo vorgegangen. Auch die BRD hat Nkomo unterstützt, während die DDR eben auch Mugabe unterstützt hatte. Daran kann man sehr gut die zwei Blöcke deutlich sehen. Er hat dann auch seine Truppen teilweise in Nordkorea trainieren lassen, und eine nordkoreanische Spezialeinheit war in Simbabwe und hat versucht, eben im Matabele-Land die Menschen auszuhungern, und ist gewaltsam gegen militante Gruppen vorgegangen. Es hat erst 1989 ein so genanntes Friedensabkommen zwischen den beiden Befreiungsgruppen von Nkomo und von Mugabe gegeben. Und er hat dann Nkomo als seinen Vizepräsidenten eingesetzt. Das waren so diese Blöcke, die sich dann da noch niederschlugen. Diese Geschichte, die hängt ihnen bis heute noch an und ist sehr gut dokumentiert in dem Buch „Breaking the Silence“, das dann auch in Simbabwe verboten wurde, aber was von verschiedenen Kommissionen veröffentlicht wurde, dokumentiert wurden Namen und Fakten usw.

M: Ist noch etwas zu sagen?

W: Ja, zwei Sachen! Dass es Korruption im südlichen Afrika gibt, brauchen wir nicht zu bestreiten. Dass ehemalige Helden von nationalen Befreiungskämpfen das Gefühl haben, die Nation schulde ihnen noch was, nicht nur die öffentliche Anerkennung oder die politischen Jobs, sondern auch noch irgendwelche Geldflüsse, das habe ich oft angetroffen. Ich empfinde das als eine traurige Geschichte, besonders wenn sie dann den Folteropfern des besiegten Systems keine Entschädigung zahlen wollen oder nur eine sehr kleine oder aber selber meinen, sie hätten jetzt aufgrund ihrer früheren Heldentaten die großen Geldflüsse in ihre eigene Taschen verdient. Das gibt es, aber das geht nicht durch die Bank so. Es gibt wie in jeder Regierung gute und schlechte Schafe.

M: Das geht nicht durch die Bank? Ich dachte, es geht durch die Sparkasse.
(Lachen)

W: Nein, es geht durch die Schweiz!
(Lachen)

H: Was NEPAD angeht, was die Korruption angeht ... Es geht einfach nur darum, dass die Zivilgesellschaft so gestärkt werden muss, dass sie diese Korruptionsfälle anklagen kann und den Mut dazu hat. Und die Unterstützung vom Ausland dazu kriegt, dass sie das machen kann.
Was NEPAD angeht, ist es im Grunde ein Versuch, über die Aneignung der Vokabeln einer neoliberalen Wirtschaft Afrika, das schon beinahe abgeschrieben war aus der Weltwirtschaft, wieder zu integrieren in den Fluss der Weltwirtschaft. Bisher hatte Afrika keine zwei Prozent Anteil am Welthandel. Das soll geändert werden, indem man sich per Umarmungsstrategie an den Westen ranmacht und sagt, o.k. wir nehmen eure Vokabeln auf: good governance gegen Korruption. Wir machen Öffnung der Märkte, wir machen Freihandelsabkommen, was immer ihr wollt, und interne oder aufgezwungene Strukturanpassungsprogramme, alles, nur ihr müsst uns integrieren. Ihr müsst investieren, wir brauchen Arbeitsplätze. Das soll ungefähr der Handel sein. Es gibt auch durchaus sehr ernsthafte Bemühungen, das umzusetzen. Sie haben jetzt ihre erste peer review commission eingesetzt, wo anerkannte Staatsmänner oder -frauen die good governance einzelner Staaten untersuchen wollen. Das ist eine Handvoll Leute. Dazu gehört zum Beispiel Graca Machel, die Frau von Nelson Mandela, die jetzt zu dieser peer-group gehört, die das untersuchen soll. Jetzt wird darüber gestritten, ob Ghana das erste Land sein soll oder Uganda. Aber wenigstens fängt da was an! Wie das funktionieren soll? Es soll so was wie eine Menschenrechtskommission für diese Afrikanische Union aufgebaut werden. Und es werden verschiedene Strukturen und Institutionen geplant und implementiert. Und das alles in dem Bemühen, einen Teil der Investitionsströme, die es im Welthandel noch gibt, wieder nach Afrika zu lenken. Die Frage ist, wenn man sich so weit einer neoliberalen Ideologie

verschreibt, wie weit kann ich denn mein Ziel – Schaffung von Arbeitsplätzen, Entwicklung der Exportfähigkeit des Kontinents, die supply-side Kapazität erhöhen, also die Lieferfähigkeit von Ländern und Industrien erhöhen, die Verarbeitungsstufen von Rohstoffen in Endprodukte zu befördern? Wie weit kann ich das machen und gleichzeitig die Kluft zwischen Reich und Arm innerhalb von Afrika verringern helfen?

Kaum Veränderungen in der Sozialstruktur Südafrikas

Ich habe jetzt gerade noch einmal nachgeguckt, bei der südafrikanischen Statistik kommt ganz deutlich raus, dass innerhalb der letzten zehn Jahre eigentlich das reale Einkommen von Arm und Reich sich nicht verändert hat, weil die Natur der Wirtschaft sich nicht verändert hat, der Besitzstand in der Wirtschaft sich kaum verändert hat. Gut, es hat eine kleine schwarze Elite, jetzt auch ein Teil bei den Begüterten, bei den Reichsten, aber sie ist so klein, dass sie im Schema der Gesellschaft kaum einen Unterschied macht. 70 Prozent der Bevölkerung in Südafrika, was ein gut funktionierendes Land ist, haben 20 Prozent des BIP. Die obersten 30 Prozent haben den Rest. Daran hat sich seit der Apartheid nichts geändert, und ich denke, das ist politisch kaum durchzuhalten über eine längere Phase. Was bisher Südafrika positiv angerechnet werden muss, sie machen tatsächlich Bemühungen über die Ausweitung von öffentlichen Dienstleistungen wie Versorgung mit sauberem Trinkwasser, Kanalisation, um so Krankheiten wie Cholera zu beseitigen, Toilettenbau oder Stromlieferungen, Energieversorgung der schwarzen Townships mit Strom über solche Sachen wie Häuserbau, sozialer Wohnungsbau. Da wird tatsächlich was gemacht. Das ist das einzige, was wir heute sehen. Aber ihre Einkommen und die Kluft zwischen Arm und Reich haben sie im Grunde noch nicht verändert.

Und das ist das Problem bei NEPAD. Es ist nur eine Skala größer. Das wird dasselbe Problem geben.

M: Vielleicht antworte ich noch etwas detaillierter zu Namibia; denn das ist auch mit der Korruption etwas zu knapp geworden. Ich denke, wer gerade in der Anti-Apartheidbewegung gewesen ist, die ja auch sehr viel Hoffnung gesetzt hat in einen neuen Staat oder einen Nach-Apartheidstaat, und er kommt heute, ob nach Südafrika oder nach Namibia, der erlebt schon eine gewisse Enttäuschung. Die Enttäuschung kann ich zunächst schon gut verstehen; denn so leicht kommt man aus dem Erbe, was man übernommen hat, nicht heraus. Das würde ich erst einmal als Grundlage sehen.

Befreiungsbewegung, Verfassung und Zivilgesellschaft

Auf der anderen Seite, was Namibia angeht, ist mein Eindruck, dass die ersten fünf, sechs Jahre durchaus einen sehr positiven Fortschritt gebracht haben, auch wenn ich jetzt auf die Korruption zu sprechen komme. Es gab 1992/93, damals, als die große Dürre da war und die ersten Korruptionsfälle bekannt wurden, wo sich einfach Minister oder Staatsbedienstete sozusagen die Nothilfe an Land zogen und dann – Watergate hieß das damals – wo sie dann ihre Brunnen mit den Geldern unterbrachten auf ihren Farmen. Das ist bekannt geworden. Aber immerhin hat es dort noch im Parlament und in der Zivilgesellschaft eine Reaktion gegeben, so dass sich die Regierung

gezwungen sah, dass demnächst bei so großen Hilfsgeldern oder hohen Hilfszuflüssen, dass diese dann kontrolliert werden von einem Ausschuss von NGOs. Das finde ich zunächst einmal recht bemerkenswert.

Auf der anderen Seite haben wir dann allerdings auch wieder das Phänomen, dass eine Partei, die den Befreiungskampf getragen hat, damit auch ein ganz besonderes Renommee, Ansehen hat, auch in der Bevölkerung. Die hat es geschafft, die Geschichte zu ändern. Sie hat richtig gehandelt und da ist mein Eindruck oft, dass diese Partei auch über der Verfassung steht. Das heißt, die Verfassung innerhalb der politischen Parteien oder in der Regierungspartei hat nicht den Rang, wie wir ihn so kennen, dass die Verfassung die oberste Norm ist, sondern die Befreiungsbewegung oder die Partei, die die Befreiung gebracht hat, dass die sich sozusagen als Normgeber fühlt. Dies ist ein sehr stark verbreitetes Phänomen in Namibia, auch in der Zivilbevölkerung, wobei in den Städten das schon anders aussieht. Ich habe auch den Eindruck, dass die Zivilgesellschaft in den letzten Jahren durchaus mobiler geworden ist. Namibia ist immer ein etwas verschlafenes Land gewesen und ist es auch heute noch. Politisch verschlafen, meine ich, so vom Engagement der einzelnen Leute her. Das hat sicher auch etwas damit zu tun, dass in diesem menschenleeren Land, dass man sich da nicht so einfach organisieren kann wie wir hier in Bonn, wo man ein Plakat macht und da kommen 50 Leute oder dergleichen. Das ist relativ schwierig. Und das kommt aber ganz langsam in Gang. Ich habe vor kurzem mal wieder eine Studie gelesen: Wie weit ist die Demokratie oder wie weit ist das demokratisch politische Verständnis in der Bevölkerung verankert? Und da stellt man durchaus in der Bevölkerung eine Zunahme der Anerkennung demokratischer Werte fest. Also, das ist ambivalent und im Moment ist die Politik tatsächlich ziemlich traurig und betrüblich.

Aber hier waren noch weitere Fragen.

P: Ja, ich hätte eine Frage, die mich bewegt. In der Demokratischen Republik Kongo ist eine neue Regierung, ein neues Parlament konstituiert, und das arbeitet mehr oder weniger gut. Die Frage ist, es sind ja jetzt diejenigen an der Regierung, die gegeneinander Krieg geführt haben und die Zivilgesellschaft ist trauriger- oder vielleicht glücklicherweise, das ist jetzt die Frage, außerhalb geblieben. Meine Frage ist: Wie kann man die Zivilgesellschaft dort einschätzen? Denn ich denke, die Untersuchung der Ebert-Stiftung, vor mehreren Jahren waren zwei Leute dort, die haben diese Gruppen untersucht, die kamen zu einem sehr guten Ergebnis. Vor einem Jahr war eine Delegation hier bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, von der man auch beeindruckt war. Was mich wundert, ich habe den letzten Krieg mitgemacht, wir hätten mit den Franzosen nicht nach dem Krieg ein Seminar machen können über den Frieden. Und es gibt auch dort einen Gast, der uns besucht hat von Bukavu, der erzählt, dass es noch eine ziemlich starke Zivilgesellschaft gibt, die ist noch organisiert. Meine Frage ist: Ist die Zivilgesellschaft stark genug, und was könnte von uns aus geschehen, damit die Zivilgesellschaft nicht wieder vergessen wird?

Es soll im nächsten Jahr eine UNO-Konferenz „Große Seen“ stattfinden und die Frage ist, wird dann nicht wieder mit diesen Friedensfürsten, die an der Regierung sitzen, verhandelt? Und werden dann nicht die Zivilgesellschaft und die Kräfte, auf die die Hoffnungen von uns gesetzt werden, hinten angestellt? Was kann da geschehen? Was können wir tun, um zu helfen?

P: Es gibt in Teilen Südafrikas große Kritik an Präsident Mbeki und seiner als sehr lasch empfundenen Haltung Mugabe gegenüber, gerade, wenn es um die Menschenrechtsverletzungen gegangen ist, um das Verhalten gegenüber der Opposition und in der Frage der Landnahme zu wessen Gunsten. Ich würde gerne wissen, wie Sie diese Kritik aus Südafrika sehen und wie viel davon in Simbabwe ankommt?

P: Ja, das knüpft im Grunde genommen an die bereits gestellte Frage an, geht allerdings noch weiter. Ich frage mich, was bedeutet eigentlich dieser Terminus Zivilgesellschaft in den afrikanischen Ländern? Es bedeutet mit Sicherheit sehr unterschiedliche Dinge in unterschiedlichen afrikanischen Gesellschaften. Es ist die Frage, wie kann Zivilgesellschaft in Konflikten und in niedergehenden Ökonomien und in despotischen Staatsformen usw. gestärkt werden. Dies hat uns eigentlich in allen Tischen immer begleitet. Das trifft für Lateinamerika genauso zu wie für die asiatischen Gesellschaften oder auch in den europäischen Gesellschaften. Aber wie gehen wir damit um? Also wie ist es zu verstehen, wenn im Grunde genommen die Diagnose gegeben wird, dass den Mächtigen in dieser globalen Ökonomie durchaus daran gelegen ist, Staaten zu zertrümmern oder zu Grunde gehen zulassen, weil das durchaus ins Geschäft passt, weil man dann ungehinderter operieren kann. Aber wie artikuliert sich das, wie wird sie sichtbar, diese Zivilgesellschaft?

M: Ja, ich denke, wir haben jetzt zwei Gruppen von Fragen eine zur Zivilgesellschaft und eine zum Verhältnis Südafrika-Simbabwe. Beginnen wir mal mit...

P: Noch eine Frage zu Simbabwe! Ich beziehe meine Informationen hauptsächlich aus dem Radio, dem Deutschlandfunk und dem WDR. Und da sah es zunächst so aus, als Simbabwe also wieder befreit wurde, dass es dort relativ zivil zugeht. Die weißen Farmer konnten also ihre Ländereien behalten. Die wurden auch als Mitglieder des Volkes bezeichnet. Sie produzierten ja auch nebenbei einen Teil des Reichtums des Landes. Und selbst eine Landreform wurde in Angriff genommen, eine dringend notwendige, und es wurden Länder requiriert. Und dann allerdings wurden diese Ländereien Mugabes Bundesgenossen, seinen Spezies zugewiesen. Und dann im Laufe der Zeit ging es mit der Wirtschaft immer schlechter. Dann griff er mit der Zeit auch auf die weißen Farmer zu und es entwickelte sich diese Schlägertruppe, diese Jugendbanden, sozusagen eine eigene Truppe, wie es früher bei uns die SA gab, und es wurde zunehmend diktatorisch. Das ist eigentlich jetzt eine Diktatur. Stimmt dieses Bild so?

G: Schwierige Frage! Es stimmt sicher, was sie geschildert haben, stimmt größtenteils. Wobei man sehen muss, dass ein berechtigtes Anliegen wie die Landreform oder auch eine Umverteilung des Reichtums im Lande Mugabe sehr gut nutzte, um selber an der Regierung zu bleiben. Er hat sehr wohl erkannt, was sind die Probleme, hat aber dann diese Landumverteilung usw. genutzt, um seine eigene Position zu stärken. Und sein großes Problem war, seit er an der Regierung war, dass er eben keine Opposition in seinem Lande zugelassen hat. Und es ist immer schlecht, wenn ein Einparteiensstaat irgendwo existiert, weil, ich sage immer wieder, Korruption gibt es überall, ob es Simbabwe oder Deutschland ist. Das Problem ist nur, wo sind die Kontrollorgane? Habe ich einen Mehrparteiensstaat, dann gibt es eben Kontrollorgane, die diese ganzen Tendenzen etwas im Rahmen halten. Und in einem Einparteiensstaat ist das eben nicht mehr der Fall. Wie gesagt, Mugabe versucht, sich an der Macht zu halten, weil er selber Angst hat vor Gericht gezogen zu werden. Gestern hat die kanadische Regierung versucht, ein Gesetz einzubringen, um ihn anzuklagen, d.h., wenn er kanadischen Boden betreten will, könnte er verhaftet werden. Und ich glaube, diese Menschenrechtsverletzungen, diese Angst vor der Anklage spielt eine große Rolle. Wenn man jetzt davon spricht, dass er abtreten soll und eine Übergangsregierung kommen soll, ist das immer ein wesentlicher Bestandteil, so wie Mengistu, wo kann ich hingehen, dass ich rechtlich nicht belangt werden kann. Das spielt hier eine ganz große Rolle. Man muss natürlich auch gerechterweise sagen, dass sehr viel Land gegeben wurde, auch den Weißen.

Darf ich gleich zu Mbeki anschließen? Es ist eine sehr große Enttäuschung innerhalb der Intelligenz, der schwarzen Intelligenz, auch in Simbabwe, dass Mbeki sich so verhält, wie er sich verhält. Aber ich glaube, man muss hier sehr gut auch immer unterscheiden zwischen einer verbalen Diplomatie und einer tatsächlichen Diplomatie.

Es ist ja so, dass z. B. die Oppositionszeitung *Daily News*, die in Simbabwe geschlossen wurde, jetzt von Südafrika aus operiert. Es sind ja immer zwei Ebenen, wo auch gehandelt wird. Aber es ist eine sehr große Enttäuschung in dem Land und, wie gesagt, es sind 60.000 Menschen, gebildete Menschen, weggegangen in andere Länder, das spricht für sich. Ich denke, Mbeki hat sehr viele Probleme. Seine eigenen Probleme sind ähnlich wie in Simbabwe. Der Lebensstandard sinkt im Grunde genommen für die Mehrheit der Bevölkerung. Und da ist Dynamit in dem Land, wo man sehr vorsichtig handeln muss.

C: Ich würde gerne eine Ergänzung zur Landreform machen. Ich denke, man müsste dazu eine Art Chronologie aufstellen, wie die Landreform zu verschiedenen Phasen der Geschichte des nachkolonialen Simbabwe war. Und ich würde jetzt so locker vom Hocker behaupten wollen, dass in den ersten fünf Jahren die Regierung in Simbabwe mehr Land an normale landlose Kleinbauern verteilt hat als Südafrika in den ersten zehn Jahren seiner Nach-Apartheidzeit und dass diese Phase einer echten Landreform

beendet wurde durch den Einfluss der Weltbank, weil Simbabwe sich zu einer Strukturanpassung entschied. Und die Weltbank sagte: Nein, jetzt ist Schluss mit dem Verteilen an arme Bauern, gebt das Land den Meister-Farmern, die schon Geld, Erfahrungen und Kapital haben. Und dann bediente er seine Klientel, seine „Crudies“, das war die zweite Phase. Man sollte das nicht durcheinander bringen. Seitdem gab es keine wirkliche Umverteilung von Land mehr; denn das ging dann nur noch an die Elite. Und dann kam der Druck dieser Opposition, die dann sagte, o.k., wenn wir irgendetwas ändern wollen, sollten wir zuerst die Verfassung ändern, um diese präsidentiale Macht wieder abzuändern und dem Parlament mehr Macht zu geben. Und dadurch kam er dann wieder mit einer neuen Landreform, die diesmal nun tatsächlich total chaotisch und ohne Vorbereitung derjenigen, die jetzt profitieren sollen, abläuft und ohne Rechtsnormen. Dadurch geht also Produktion und Produktivkraft flöten.

G: Nur 30 Prozent der normalen Produktion findet zur Zeit in Simbabwe statt.

M: Vielleicht kurz eine Ergänzung zum Argument der Weltbank, die sozusagen gestandenen Farmern das Land geben will. Die erste Phase der Landverteilung in Simbabwe hat immerhin dazu geführt, dass bis zu den chaotischen Zuständen um etwa 2000 herum die Neuansiedler, die Kleinbauern 60 Prozent des heimischen Mais produzierten für das Land, d.h. als Grundnahrungsmittel, was sie vorher vor der Unabhängigkeit nur für sich selbst produzierten und nicht für den nationalen Markt. Aber jetzt wollen wir noch zur Frage der Zivilgesellschaft kommen.

H: Ich wollte auch noch ganz kurz etwas zu Namibia sagen. Da haben wir jetzt immer mal wieder diskutiert, 2004 ist so ein magisches Jahr, hundert Jahre früher sagte man Eldo-Aufstand, dann hieß es Herero-Aufstand, jetzt heißt es gesamtnamibischer Aufstand.

Man muss dann aber auch mit dem Vokabular aufpassen und dabei eben die Frage, welche Forderungen sollten wir anschließen. Die große Angst, ich bin selber ja kein Fachmann, wie ich mir immer wieder habe sagen lassen, die Angst, die Leute haben, ist, dass so ein Prozess mit wilden Enteignungen von Großfarmen auch losgeht in Namibia wie nach dem Vorbild Simbawwes. Und da war so eine Forderung, die wir überlegt haben: Die Bundesregierung muss in einen Fonds einzahlen, der also diese friedliche Enteignung, die friedliche Umverteilung von Land mit finanziert; denn dass das ein gerechtes Anliegen ist, hat Schwester Ingrid ja auch gerade gesagt, das erkennen auch alle an. Aber wie soll es funktionieren? Das ist die große Frage.

Namibia und der Kongokrieg

Ein Faktor, der das ganze, und jetzt komme ich auf den Kongo, der das auch ziemlich durcheinander gebracht hat, ist der Kongo- Faktor; denn faktisch hat der Kongo zur Korruption in Namibia als auch in Simbabwe erheblich beigetragen. Was mit der namibischen Armee passiert ist, der Staat hat aus dem Staatssäckel erst einmal die Armee bezahlt. Über 11.000 Soldaten waren da. Die genaue Zahl weiß man natürlich nicht. Die wurden natürlich

bezahlt und das ging aus dem staatlichen Budget raus, aber profitiert haben davon die Privatleute, d.h. die Umverteilung von der öffentlichen Hand in die Privathand ist auch da im Gange.

Gleiches ist übrigens auch in Namibia. Sam Nujoma persönlich soll, habe ich auf jeden Fall gelesen, Rechte an bestimmten Diamantenkonzessionen erhalten haben, im Kongo, als Gegenleistung für die Entsendung namibischer Soldaten, die auch auf kongolesischem Territorium waren.

Dann gibt es noch eine gewisse Zivilgesellschaft in Namibia, Leute, die kritisch berichtet haben, die sind dann wieder zurückgekommen. Jetzt, vor ein paar Wochen, da war der große Skandal um diesen Bischof der evangelisch-lutherischen Kirche Kameta, der ein alter Swapo-Kämpfer ist, im Gefängnis gesessen hat und dann Speaker im Parlament war und sich jetzt, weil er sich ein bisschen, sehr zaghaft, kritisch geäußert hat vor ein paar Wochen, glaube ich auf einer Beerdigungspredigt oder so war das, ist er erheblich angegriffen worden wegen einer Kleinigkeit eigentlich. Dass er da die Seriosität verlassen habe. Ja, das war die Situation mit dem Kongo. Diese Art von Zivilgesellschaft gibt es im Kongo nicht, wie sie es doch so gesehen in Namibia gibt. Da gibt es zwei Radikalpositionen. Es gibt die einen, die sagen: Zivilgesellschaft gibt es sowieso nur da, wo es einen funktionierenden Staat gibt, nämlich als Gegenstück dazu. Wenn man so argumentiert, dann kann man tatsächlich zu der radikalen These kommen, es gibt wirklich keine.

Ein vielschichtiges NGO-Spektrum

Andererseits gibt es natürlich unendlich viele Gruppierungen, NGOs, Nicht-Regierungs-Organisationen, die auch nicht nur Projekte entwickeln, die kirchlichen Organisationen, die in der Entwicklungshilfe tätig sind, arbeiten mit Partnern zusammen. Es gibt aber auch welche, die Menschenrechtsberichte machen, die auch vielleicht mit internationalen Organisationen zusammen arbeiten – „Human Rights Watch“ oder sonst was. Und dann gibt es natürlich da einige, die sich so wild gründen. Jetzt habe ich erst gerade vor ein paar Tagen telefoniert in der Vorbereitung für diese große Konferenz, die für nächstes Jahr geplant ist, die „Große Seen“-Konferenz. Es ist ein alter Vorschlag der Vereinten Nationen. Die Tendenz geht dahin, wie das heute üblich geworden ist, eine Parallelkonferenz von NGOs zu machen. Und die beiden Sachen sind dann nur wenig miteinander verbunden. Einerseits die Staatschefs diskutieren miteinander, unsere Politiker, andererseits NGOs. So kann es auch wieder nicht sein. Da ist im Moment ein erheblicher Prozess im Gange, auch die Frage, wer repräsentiert die kongolesischen NGOs. Da kommen sicherlich noch intensive Diskussionen, zum Teil auch wüste Diskussionen. Aber das muss auch Teil des Lernprozesses sein. Also, es gibt sicherlich viele Resolutionen, sicherlich auch gute, die auch gute Berichte machen und Resolutionen. Das nur ganz grob als Antwort darauf.

M: Dein Vorschlag, Christian

C: Vielleicht ein allgemeiner Punkt zum Thema Zivilgesellschaft. Ich habe das gelegentlich zweifelhafte Vergnügen, in Projekten der deutschen und

internationalen Zusammenarbeit mitzuwirken. Und der Trend der letzten 20 Jahren ist es ja gerade, von sagen wir mal kirchlichen Trägern, aber auch halt von der GTZ und anderen, also von den Offiziellen der Entwicklungszusammenarbeit, mit Organisationen der Zivilgesellschaft zusammen zu arbeiten. Das ist ja das Schlagwort seit, sagen wir mal, den 80er Jahren oder so, wo es für die staatlichen Eliten schwierig ist. Meine etwas ernüchternde Erfahrung aus fünf Jahren beruflicher Tätigkeit in diesem Sektor ist, dass man da sehr, sehr vorsichtig sein muss. Tatsächlich ist es so, dass viele Zivilgesellschaften sehr gut sind, wenn es darum geht, Resolutionen zu veröffentlichen, auch den einen oder anderen guten Report schreiben. Aber man muss natürlich sehen, dass das Gründen und Betreiben einer NGO, wie immer das auch definiert ist; denn es ist ein schwieriges Wort. Was ist eine NGO? Es klingt so einfach. Wenn man aber dahinter schaut, hinter staatliche Finanzierung und Verbindung zu anderen Gruppen, wird das dann sehr schnell zweifelhaft.

„Man muss da sehr vorsichtig sein“

Die Tätigkeit in einer NGO gehört zu den wenigen Berufsfeldern, die einem gut ausgebildeten, sympathischen, jungen Intellektuellen, der von der Universität kommt, nicht wie vor zehn Jahren noch im Staatssektor eine relativ sichere Anstellung findet, offen steht. Nicht wahr, wenn Sie eine gute Idee haben, wissen, was die internationalen words sind, was man gerne hören möchte: gender, human rights, environment, agenda ? usw. wenn Sie ein Fax-Gerät haben, einen Internetzugang und noch ein bisschen Englisch und Französisch können, das ist eine der Geschäftssprachen, in denen diese Branche abgewickelt wird, und das ist die Geschäftsidee, und da gibt es zwar kein Handbuch, wie man eine NGO aufmacht, aber das spricht sich recht schnell herum. Ich kann das wirklich gut nachvollziehen. Wenn ich in der Situation wäre, würde ich das vielleicht auch machen und dann Human Rights Botswana oder so, wenn man das Glück hat, in Botswana zu leben, was nicht das schlechteste Land ist.

Aber es ist problematisch, weil wir oft davon ausgehen, dass die Zivilgesellschaft ein counterpart zum Staat ist, dass das sozusagen die Guten sind, die Leute, die wirklich die Interessen der allgemeinen Bevölkerung draußen auf dem Lande oder auch in der Vorstadt vertreten. Sehr häufig sind diese NGOs, mit denen man es zu tun hat, gerade in der entwicklungspolitischen Praxis letztlich Organisationen der urbanen Mittelklasse, gut ausgebildete Leute, die sich gut international verkaufen können. Ich könnte da sehr, sehr viele nennen, gerade aus dem deutschen entwicklungspolitischen Vorfeld, die aber im wesentlichen ihre eigenen Mitarbeiter vertreten. Das ist nicht illegitim, das muss man immer dazu sehen. Wer tatsächlich in Afrika oder in Lateinamerika oder Asien Zivilgesellschaft ist, das ist eine große Frage, die ich noch nicht beantworten kann. Die aber sehr relevant ist für die Frage, wen sollte man denn zu der „Große Seen“ Konferenz einladen, nicht wahr, dass das nicht praktisch ist, wenn es nur eine NGO ist, die eigentlich nur aus zehn Leuten in diesem Büro da in Tangansani oder wo auch immer besteht. Und wir wissen es unter Umständen nicht.

P: Und die Kirchen?

C: Ich denke, die Kirchen sind eine besondere Kategorie in weiten Teilen Afrikas. Ich denke, die Kirche ist die einzige Organisation, die von sich sagen kann, Organisatoren und Organisationsstrukturen zu haben, die erstens weit über die jeweilige Hauptstadt oder Provinzhauptstadt hinaus gehen und tatsächlich auch die Leute vertreten. Wir wissen, es gibt wenige Organisationen, die das von sich sagen können: Wir sind eine politische Partei. In aller Regel nicht, gerade nicht im Kongo, wo in der Endphase Mobutu ja diese „Teile-und-herrsche“- Strategie angewandt hat, wo Tausende, wirklich Tausende von Parteien entstanden sind, in denen auch alle wesentlichen Parteivorsitzenden von ihren engeren Freunden vertreten werden. Es gibt sehr, sehr wenige Ausnahmen.

„Der Partner muss genau das sagen, was man hören will“

Und ein Problem der Entwicklungszusammenarbeit ist, denke ich, dass man auch betriebsblind wird. Es gibt ein Interesse hier von deutschen Trägern, einen Partner zu haben. Der Partner muss eine NGO sein. Der Partner muss genau das sagen, was man hören will, für den Fall, dass man ihn zu einer solchen Konferenz einlädt. Das ist ganz wichtig, dass er dann nicht irgendeine Position vertritt, sondern das, was halt erwartet wird. Das sind aber meist die NGOs, die man nicht haben will. Nicht die Leute, die hinten auf dem Dorf ländliche Entwicklung machen, die nicht gut Englisch oder Französisch können, aber dafür mit den Bauern schon einmal geredet haben und nicht nur über ihn sprechen können mit einem großen Abstraktionsgrad, sondern es gibt eine Tendenz in dieser unserer Branche, der wir alle hier, die einen mehr, die anderen weniger, angehören. Also, dass die Leute, die sich halt beruflich für die Entwicklung im Süden einsetzen, da zwei Augen zuzudrücken. Diese Tendenz ist in den letzten Jahren etwas stärker geworden, ist mein Eindruck. Und mir war das, solange ich es von draußen aus meinem Umfeld beobachtet habe, nicht so klar. Aber je näher man da dran kommt, desto frustrierender wird das. Gerade was die politischen und kirchlichen Organisationen angeht, muss man, glaube ich, sehr vorsichtig sein mit der Frage, wer vertritt da eigentlich wen? Die Kirchen sind da eine andere Kategorie, zum Teil auch Gewerkschaftsbewegungen im Kongo, denke ich.

H: Gut, ich meine, ich kenne diese Skepsis von der Sie sprechen, jetzt, wo Sie sagen, wir kommen aus der Branche, wir kennen die Leute. Die Gefahr ist natürlich, dass Sie in so eine *désinformation professionnel* hinein kommen und überall nur noch die treffen; denn ich kenne das ganz genau.

Es gibt Leute, die sagen, die ganzen NGOs wollen doch im Grunde nur Geld abkassieren. Und die gleiche Sache sagen die Leute auch über die Kirchen. Das ist so ganz oben in der Spitze, irgendwie schwimmt das da auf dem Wasser wie so ein Fett auf dem Wasser. Man muss natürlich gucken, was sind das für Leute? Aber zum Teil bestehen da ja auch langjährige Kontakte und da entwickelt man Kriterien, wie man damit umzugehen hat, wie man das

einzuschätzen hat.

„Man muss schon genau hingucken“

Also diese Mühe, da zu unterscheiden, die muss man natürlich auf sich nehmen. Aber es gibt trotzdem, also auch wenn Sie diese Resolution nennen, es gibt doch eine ganze Reihe von Gruppierungen aus dem Kongo, die unter großen Schwierigkeiten doch ganz erstaunliche Sachen machen, also gerade am Ende der Mobutu-Zeit. Es gibt da noch diese *conseils régionaux* überall, wo auch die NGOs untereinander noch diskutieren und dann auch Verabredungen treffen. Nach dieser Vulkankatastrophe in Goma in Nyangongo kam zum Beispiel erst mal eine internationale Organisation, das war auch in den Zeitungen überall in der Welt. Es war auch eine Renommee-sache für die vielen Helfer da hinzugehen, sich da filmen zu lassen. Auf einmal war Geld da. Natürlich gleich ging da die Frage los, wie wird das investiert. Und auf der kongolesischen Seite entstanden Fehler bei denen, die da Projekte machen wollten. Und dann die große Frage, wie organisieren wir das, so dass nicht ein riesiger Streit, ein riesiges Chaos entsteht. Aber es hat so einigermaßen geklappt in Goma, so weit ich das gehört habe.

P: Das ist ja der Punkt, dass NGOs immer sehr schnell mit Zivilgesellschaft verwechselt werden. Das hat sich mittlerweile schon so festgesetzt. Das ist fatal. Also, die meine ich natürlich nicht, ich meine die Zivilgesellschaft, die, was weiß ich, sich äußert, ihren Alltagsgeschäften nachgeht und irgendwie versucht Einfluss zu nehmen auf die Entwicklung.

C: Na, aber relevant ist letztlich die Zivilgesellschaft nur dann, wenn sie in der Lage ist sich zu organisieren. Der einzelne Bürger, wir sind alle Zivilgesellschaft, alleine nützt nichts, außer wenn wir mal wählen gehen, was in Afrika ja sowieso noch einmal eine andere Dimension hat. Dass freie Wahlen sind, ist ja nicht der Regelfall im Kongo oder anderswo, bedauerlicher Weise. Und heute ist es bedauerlicher Weise so, dass die Leute sich alle selbst als NGO verstehen. Auch die Kirchen verstehen sich jetzt als NGO, selbst traditionelle Regierungsorganisationen verstehen sich zunehmend als NGO, weil das schick klingt. Natürlich ist es bezeichnend, dass das so gekommen ist. Es ist eine sehr wichtige, sehr relevante Frage, aber ich bin mir nicht sicher, wie nah wir der Antwort auf diese Frage kommen.

M: Da hat sich noch jemand gemeldet!

P: Ja, ich wollte nur sagen, wir haben von Pax Christi im Erzbistum Köln 1995 eine Partnerschaft mit einer PAX Christi-Gruppe in Kikwit begonnen, weil ein Mitglied von uns vier Jahre dort war mit seiner Frau, mit kleinen Kindern. Dort hat er eine Schreinerwerkstatt aufgebaut und hat die Gruppe dort entdeckt und hat gesagt, da könnte eine Freundschaft beginnen. Eine Gruppe, die ein Bulletin herausbringt, anprangert, wenn Menschenrechtsverletzungen waren, die die Autorität angegriffen hat. Die Verbindung war äußerst schwierig. Damals gab es noch kein Internet und mit Briefen und mit Boten, das war für mich ungeheuer schwierig. Und jetzt wurde 1997 eine neue Partnerschaft mit einer Gruppe in Bukavu begonnen, und die haben jetzt ein anderes Prinzip

gehabt. Die haben gesagt, kein Friede ohne Brot. Die haben mit Straßenkindern, mit Witwen – Kriegerwitwen –, mit Frauen gearbeitet, die Opfer des Kriegs waren. Sie haben denen berufliche Ausbildung vermittelt in Gruppenarbeit. Und trotz all der Kriegswirren, ich habe immer gestaunt darüber, in dem Krieg da hätte bei uns jeder zuerst an sich selbst gedacht, ans Überleben. Aber die haben gesagt, wir machen es gemeinschaftlich.

Erst in diesem Jahr waren zweimal Leute von uns da aus unserer Kommission. Wir haben drei Afrikaner in unserer Kommission, weil wir die Arbeit ohne Afrikaner nicht machen können. Wir brauchen diese Leute. Die haben immer mehr Erfahrung in die Gruppe gebracht und ich muss sagen, jetzt im Endeffekt sind wir überrascht, was diese Leute machen. Ein Mann von dort ist herüber gekommen, hat berichtet über die Arbeit. Es gibt noch 14 örtliche Gruppen dort, die erfassen ungefähr 1000 Leute mit Angehörigen, und die kümmern sich um Straßenkinder um Witwen.

Und die sagen, das ist Friedensarbeit. Das ist etwas... Die Kinder vor allen Dingen, sagen sie, müssen eine Perspektive bekommen, und ich muss sagen, so etwas erfüllt mich auf einmal mit Hoffnung. Bisher wusste ich nie, war das so richtig? Jetzt, nachdem ich dahinter gesehen habe ... Außerdem hat diese Gruppe, der Sprecher ist ein Professor für Ökonomie, der – jetzt habe ich den Faden verloren, ich weiß gar nicht was ich sagen wollte – ach so, der hat einen Kongress von PAX CHRISTI international aus dem ganzen Kongo dort organisiert, also das ganze gemacht und war auch aktiv beteiligt.. Und ich muss sagen, ich habe zumindest jetzt eine große Hoffnung bekommen, dass die Dinge doch voran gehen. Ob das nun Zivilgesellschaft ist oder ob das Kirche ist, kann ich nicht sagen.

M: Ein Label, das nicht so wichtig ist! Sie haben eine Frage?

P: Ich komme aus Ghana und ich glaube, wir haben ein anderes Problem, das z.B. in Sierra Leone, Liberia sehr, sehr schwer wiegt in einer Bevölkerung, die z. B. auch über Angelegenheiten diskutiert. Ich komme geradewegs aus Ghana, und es ist ganz erstaunlich, es wurde alles diskutiert sogar überIch denke es eskaliert, weil unsere Leute, unsere Bevölkerung, sich an der ganzen Diskussion beteiligen. Und ich glaube, ein afrikanisches Land kann auch vergleichsweise die Bevölkerung entmutigen, wenn wir jetzt sehen, was mit Taylor passiert ist. Denn Taylor ist ein Verbrecher, der so viel Unrecht gegen seine eigene Bevölkerung getan hat. Und was wollen wir von ihm? Er lebt im Exil in Nigeria mit allen Rechten. So eine Zivilbevölkerung braucht auch zum Beispiel Gerechtigkeit. So ein mächtiger Hero muss vor internationalen Gerichten dazu gezwungen werden, dann kann auch eine Zivilbevölkerung stark sein?

M: Hier waren zwei Antworten dazu.

H: Ja, das große Thema Straflosigkeit von afrikanischen Führern. Das ist auch in Zentralafrika, in den Ländern an den großen Seen eine riesige Frage, gerade im Zusammenhang mit dieser Konferenz, die für 2004 geplant ist.

Jetzt gibt es also eine Übergangsregierung im Kongo. Es ist also eine gewisse, wie soll man das nennen, ein Prozess in Richtung Frieden zumindest auf dieser hohen Ebene irgendwie da. Die Rebellenorganisationen machen auch mit. Aber der Vizepräsident, es ist ein ganz übler Rassenhetzer, er kommt aus dem alten Kabinett Kabila und man könnte viele andere Namen nennen, bei denen es gerade dieses Riesenproblem gibt. Der Präsident Ruandas ist auch so ein Problem für sich. Bei diesem Punkt Straflosigkeit müssen wir, können wir eigentlich keine Kompromisse machen. Wo Menschenrechtsverletzungen da sind, kann es keine Kompromisse geben. Andererseits, wie soll diese große Konferenz funktionieren, wenn man dieses Thema ganz in den Vordergrund stellt? Dann gibt es genügend Leute, mit denen man vielleicht gar nicht reden darf. Darauf weiß ich ehrlich gesagt keine Lösung auf das Ganze. Also, die Lösung für uns hier ist, wir beschäftigen uns mit diesen politischen Lobbyfragen, mit der Rohstoffgeschichte und wir haben Kontakt zu NGOs oder zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich in irgendeiner Weise organisieren. Da sehen wir nicht so sehr das Problem. Und da muss auch irgendwie eher der Focus sein als auf staatlicher Ebene. Das nur ganz kurz zum Thema Straflosigkeit.

W: Darf ich zwei konkrete Beispiele geben, was ich unter zivilgesellschaftlicher Umsetzung verstehe. Das eine ist: In Mosambik wurde vor einiger Zeit ein Journalist, der Korruption aufdeckte, auf der Straße erschossen und zwar wahrscheinlich von denen, die diese Korruption begangen haben. Es ging um Bankengelder, die veruntreut worden waren. Das Erschießen dieses Journalisten brachte irgendwie den Unmut der Bevölkerung über die schon lange besprochene und kritisierte Korruption zum Überlaufen. Und dann saßen diese Leute, die den Mord begangen hatten, nach langer Verhandlung tatsächlich im Knast, und einer konnte dann aus dem Hochsicherheitstrakt fliehen und sich nach Südafrika absetzen. Ein anderer Punkt ist, wir haben beim Stichwort Zivilgesellschaft bisher noch nicht über Gewerkschaften geredet, das vermisse ich. Dritter Punkt: Sierra Leone, da gibt es jetzt also plus/minus 15.000 Leute, denen die Hände abgeschlagen worden sind, weil sie in der einen oder anderen Form sich nicht am Krieg beteiligen wollten und die meistens an beiden Armen keine Hände mehr haben, d.h., die können auch für sich selbst, für das eigene Leben nicht mehr produzieren. Die jetzt einfach nach Hause zu schicken, heißt, sie in den Hungertod zu schicken. Und deswegen sitzen sie da in solchen Camps und wissen im Grunde noch nicht, wie sie jetzt weiterleben sollen. Aber das eine war, sie haben sich gedacht, wir müssen uns jetzt in der einen oder anderen Weise organisieren. Wir können uns nicht individualisieren und irgendwie nicht auf die Gnade unserer alten Nachbarn angewiesen sein. Wir müssen jetzt irgendetwas gemeinsam machen. Also schließen sie sich zusammen. Ich denke, das ist ein Prozess, die eigenen Interessen zu verteidigen helfen, und das ist Zivilgesellschaft. Das ist eine Form von Zivilgesellschaft, der Selbstverteidigung, der Form, wie man Überleben helfen, irgendwie organisieren kann, sich selbst, um nicht

irgendwie abhängig von irgendjemandem zu sein. Da gibt es nicht einmal jemanden, der irgendetwas macht mit diesen Leuten. Die haben sich nicht gegründet, weil schon irgendeine ausländische Organisation mit dem Geldbeutel da steht und klimpert. Das ist einfach eine Existenznotwendigkeit, dass sie sich organisieren.

G: In Simbabwe existiert die Zivilgesellschaft. Aber es ist sehr schwierig, und ich habe schon im Vorgespräch zu Ihnen gesagt, wir haben früher sehr viel das Dritte Reich verurteilt, aber wenn man sieht, was geschieht in totalitären Staaten, die von einer Partei regiert wurden ... Gestern Abend wurden in Harare 200 Leute verhaftet, weil sie auf die Straße gingen, um zu demonstrieren. Also, es ist sehr schwierig, da dann zu sagen, die Leute sollen auch gegen die Regierung angehen, wenn dann Repressalien da sind. Und wer kümmert sich um die Repressalien? Das ist das eine. Das Zweite ist, was die Gerechtigkeit angeht usw. Ich finde das manchmal sehr schwierig, vor allem wenn auch Wirtschaftsinteressen im Spiel sind. Wenn ich zum Beispiel an die Aidsproblematik denke. Die Medikamente sind auf dem Markt. Weil große Wirtschaftsinteressen da sind, bekommen sie nicht die Leute, die es nötig haben. Gut, wir haben jetzt ein Abkommen, aber das Abkommen heißt ja im Detail, dass Generika produziert werden dürfen, aber nicht mit Gewinn exportiert werden dürfen. Simbabwe kann keine Medikamente herstellen. Wenn Kenia sie herstellt, darf die Firma sie nicht mit Gewinn verkaufen nach Simbabwe. Meine Frage ist, wer klagt hier wen an? Das ist auch für mich eine sehr starke Ungerechtigkeit, ungerechte Strukturen. Da klagen sie eine Einzelperson an, weil sie vielleicht eine Menschenrechtsverletzung begeht, was ist mit den wirtschaftlichen Menschenrechtsverletzungen, die tatsächlich geschehen, und von denen wir selber sehr stark profitieren und auch sehr stark mit darin verwickelt sind, wenn ich das so sagen darf. Und ich glaube, solange wir dieses Problem nicht irgendwo lösen können, wird sich das immer wieder im Kleinen wie im Großen widerspiegeln.

P: Ich habe vor einiger Zeit in der Zeitung gelesen, dass im südlichen Afrika eine Hungerkatastrophe drohen würde, wenn man nicht direkt irgendetwas unternehmen würde. Es würde mich mal interessieren, wie sieht die tatsächliche Lage im südlichen Afrika da aus?

M: Die schwere Hungersnot oder Hungerlage war eigentlich im vergangenen Jahr. Es ist regional immer sehr unterschiedlich im südlichen Afrika, aber insgesamt hat sich das in diesem Jahr verbessert. Allerdings auf der anderen Seite muss man sagen, dass eben gerade Simbabwe aufgrund nicht nur der Klimalage, sondern aufgrund der politischen Lage nicht mehr als Brotkorb fungieren kann im südlichen Afrika wie bisher und auch dort eben eine Mangelerte eingefahren werden wird. Vor allen Dingen, weil die Saat nicht ausgebracht wird zur rechten Zeit. Die Lage ist immer noch angespannt im südlichen Afrika insgesamt, vor allem im zentralen und östlichen Teil, aber nicht mehr so angespannt wie vor einem Jahr.

G: Es bleibt zu sagen, es wird ja vermutet, dass diese Hungersnot zu politischen Zwecken genutzt wird. Deswegen bestehen die Hilfsorganisationen darauf, dass die Hilfsgüter nicht über Regierungsstellen ausgeteilt werden. Das ist noch ein großer Konfliktpunkt, weil die Regierung bestimmte Gebiete, die eben von der Opposition kontrolliert werden, gezielt von der Nahrungsmittelhilfe abschneidet. Es ist ein großer Kampf da ...

M: Dann möchte ich das Gespräch jetzt schließen und Schwester Ingrid, Gottfried Wellmer, Heinz Werner Wessler, Wolf Christian Paes danken, und dem Publikum fürs Zuhören und Einmischen.